

Für ein friedensfähiges und solidarisches Europa

Wahlprüfsteine für die Europawahl 2024



herausgegeben von



**Brot
für die Welt**



church and peace
Europäisches Friedenskirchliches Netzwerk



PLATTFORM
ZIVILE
KONFLIKT
BEARBEITUNG

VORWORT

Bei der Europawahl am 9. Juni haben Sie als Bürgerin und Bürger das Recht und die Möglichkeit, die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und damit die Politik der EU zu beeinflussen.

Wenn es um Europa geht, stehen seit Februar 2022 vor allem der Krieg Russlands gegen die Ukraine sowie die Unterstützung der Ukraine durch die EU und ihre Mitgliedstaaten im Vordergrund. Wir wollen die Aufmerksamkeit auch auf Themen lenken, die im Schatten des Krieges kaum wahrgenommen werden, obwohl sie eine grundlegende Bedeutung für die weitere europäische und globale Entwicklung haben.

Diese Wahlprüfsteine sollen dazu anregen, die Kandidat:innen, die auf den Wahllisten der Parteien stehen, kritisch zu befragen, wofür sie im Falle ihrer Wahl in das Europäische Parlament eintreten werden. Von ihnen wird abhängen, ob die Politik der EU dazu beiträgt, das Überleben der Menschheit zu sichern oder deren Existenzbedingungen zunehmend zu gefährden.

Zu den globalen Herausforderungen, in denen sich europäische Politik bewähren muss, gehören die Gestaltung glaubwürdiger Klima- und Umweltpolitik und das Engagement für nachhaltiges Wirtschaften und fairen Handel, aber auch eine Außen- und Sicherheitspolitik, die einem neuen globalen Rüstungswettlauf entgegenwirkt und Sicherheit nicht nur militärisch definiert, sondern auch menschliche Sicherheit in den Blick nimmt. Sicherheitspolitik muss so

gestaltet werden, dass sie nicht zur Abschottung führt. Und Sicherheit in Europa darf nicht auf Kosten von Sicherheit und Menschenrechten andernorts gehen.

Daher ist es wichtig, dass der Aufbau von Institutionen friedlicher Streitbeilegung und von Instrumenten ziviler Konfliktbearbeitung konsequent unterstützt wird – auf europäischer und auf globaler Ebene. Dabei müssen staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure zusammenwirken. Nur wenn deren Kompetenzen und Erfahrungen zusammenkommen, kann dies gelingen. Zugleich kann europäische Politik in der Welt nur dann Glaubwürdigkeit beanspruchen, wenn sie die Beziehungen mit den Ländern des Globalen Südens neu ausrichtet und auf eine gerechtere Basis stellt, wenn sie die Ursachen von Gewaltkonflikten in den Blick nimmt und die eigenen Beiträge zum Unfrieden kritisch beleuchtet. Zahlreiche Waffen, die weltweit bei der Begehung schwerster Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen eingesetzt werden, stammen aus europäischer Produktion – das muss sich ändern.

Die Europäische Union entstand als ein Friedensprojekt. Sie hat ehemals in Weltkriegen verfeindete Länder zu friedlicher Kooperation motiviert und nach dem Ende des Kalten Krieges auch die Ost-West-Spaltung Europas überwinden geholfen. Zu Recht erhebt sie den Anspruch, dass die Mitglieder sich demokratischen Normen, friedlicher Streitbeilegung und Menschenrechten verpflichten müssen. Wir wollen erreichen, dass sich die EU auch in ihren Außenbeziehungen zu einem Friedensprojekt

entwickelt. Auch jetzt bedarf es dringend neuer Initiativen für Rüstungskontrolle und Abrüstung, nicht nur in Europa, sondern auch auf globaler Ebene.

Fragen Sie die Kandidat:innen für das Parlament, welche Weichenstellungen sie in Bezug auf die Stärkung ziviler Konfliktbearbeitung und Friedensförderung, Abrüstung und Rüstungsexportkontrolle vornehmen wollen. Die Friedensfähigkeit Europas entscheidet sich auch an der Frage, wie die EU-Mitgliedstaaten mit Geflüchteten und Migrant:innen umgehen und ob sie bereit sind, deren Rechte zu schützen.

Die europapolitischen Wahlprogramme der Parteien finden Sie im Internet, auch die Listen mit den Kandidat:innen.

Im Folgenden geht es um die Themen:

- 1 Friedensförderung und zivile Friedensmissionen ausbauen**
- 2 Für eine menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik**
- 3 Die Beziehungen mit Ländern des Globalen Südens gerechter gestalten**
- 4 Rüstungsprojekte und Rüstungsexporte begrenzen und kontrollieren**
- 5 Rüstungskontrolle wiederbeleben und Atomwaffen abbauen**



Friedensförderung und zivile Friedensmissionen ausbauen

Die Europäische Union (EU) hat sich im Vertrag von Lissabon (2007) dazu verpflichtet, ihr Handeln auf internationaler Ebene an gemeinsamen Werten auszurichten. So heißt es in Artikel III-292, Abs. 1: „Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts.“ Weiterhin verspricht die EU, die Beziehungen zu Drittländern und zu regionalen oder weltweiten internationalen Organisationen, die ihre Werte teilen, auszubauen und partnerschaftlich zu entwickeln und sich für multilaterale Lösungen bei gemeinsamen Problemen im Rahmen der Vereinten Nationen einzusetzen.

Das internationale Handeln der EU wird über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) abgestimmt und durch Diplomatie, humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit sowie Maßnahmen zum Klima- und Menschenrechtsschutz ergänzt. Aber auch Wirtschafts- und Handelskooperation entfalten internationale Wirkung. Im Rahmen der GSVP werden neben militärischer Kooperation auch Missionen zur Krisenprävention, Friedenssicherung, Stabilisierung, Abrüstung, humanitären Hilfe und Nachkriegskonsolidierung im Ausland koordiniert.

Die EU sollte bei der Gestaltung ihrer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik die Bewältigung der Ursachen von Gewaltkonflikten in den Blick nehmen und frühzeitig darauf hinwirken, dass Konflikte nicht eskalieren. Zudem besteht eine Herausforderung darin, zu verhindern, dass

Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und zivile Krisenprävention für Migrationsabwehr und sicherheitspolitische Aufgaben missbraucht werden. Die EU war im letzten Jahrzehnt die drittgrößte finanzielle Unterstützerin für zivile Krisenprävention und Friedensförderung weltweit.¹ Doch schon mit dem aktuell gültigen Finanzrahmen (2021–2027) wurde die Förderung dafür um ein Drittel (um 1 Mrd. Euro) reduziert. Im Februar 2024 hat man den Finanzrahmen durch ein Abkommen nochmals modifiziert: Um 7,6 Mrd. Euro zusätzlich in Migrationsabwehr zu investieren, wurden – massiven NGO-Protesten zum Trotz – unter anderem 2,6 Mrd. Euro aus dem Budget für „Nachbarschaft, Entwicklung und Internationale Kooperation“ umgewidmet.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden über den nächsten EU-Haushalt mitentscheiden, ob die EU wieder eine wichtige Unterstützerin der Friedensförderung wird. Dies ist jetzt wichtiger denn je, denn andere Staaten reduzieren bereits ihr finanzielles Engagement – nicht zuletzt deshalb, weil sie massiv in militärische Aufrüstung investieren.

In den letzten Jahren wurde vor allem die militärische Dimension der EU-Politik gestärkt (z. B. mit der Ständigen Strategischen Zusammenarbeit, dem EU-Verteidigungsfonds und einem neuen Finanzierungsfonds für Rüstungstransfer in Drittstaaten), und dieser Trend scheint sich unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine fortzusetzen. Es geht nun darum, zu verhindern, dass die zivilen Instrumente der Prävention und Friedensförderung vernachlässigt werden, die zur Eindämmung von Kriegen in Europa und anderen Weltregionen benötigt werden. Die zivile Dimension der EU-Politik sollte mit mehr und entsprechend ausgebildetem Personal für zivile EU-Missionen gestärkt werden.



¹ Laut Angaben der OECD → https://s42831.pcdn.co/wp-content/uploads/2022/10/international_peacebuilding_financing_and_changing_politics_in_europe-2022.pdf

Friedensförderung und zivile Friedensmissionen ausbauen

Folgende Fragen möchten wir an die Menschen richten, die für das Europäische Parlament kandidieren:

1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die bisherigen Stärken der EU im Bereich der Diplomatie, Mediation und des Aufbaus von Institutionen für Krisenprävention und Menschenrechtsschutz ausgebaut und finanziell und personell besser ausgestattet werden?

2 Werden Sie sich für eine Stärkung des Entwicklungsfonds und für die Aufstockung der Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung sowie für Demokratie und Menschenrechte im Globalen Süden einsetzen?

3 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU auch im Bereich der Nachbarschaftspolitik (in Osteuropa, im Westlichen Balkan und in Nordafrika) die Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung, Demokratie und Menschenrechte konsequent stärkt?

4 Welche Vorschläge haben Sie, um die zivile Dimension der GSVP auszubauen, und werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese personell und finanziell besser ausgestattet wird?



Für eine menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) verständigt. Dabei kam es zu einem Kompromiss, der die bereits praktizierte Abschottungspolitik verstetigt und eine dramatische Verschlechterung der Situation von Geflüchteten, die Schutz in Europa suchen, mit sich bringt. Dieser Kompromiss läuft den Forderungen zahlreicher Friedens- und Menschenrechtsorganisationen für eine menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik zuwider.

In den geplanten Grenzverfahren unter Haftbedingungen soll zunächst eine sogenannte „Zulässigkeitsprüfung“ erfolgen. Asylanträge von Schutzsuchenden, die über angeblich „sichere Drittstaaten“ eingereist sind, werden dann gar nicht mehr inhaltlich geprüft. Um sie abschieben zu können, sollen die Kriterien, wann ein Staat als „sicher“ genug gilt, massiv aufgeweicht werden, sichere Teilgebiete reichen dann. Die Genfer Flüchtlingskonvention kann ignoriert werden. Selbst Familien mit Kindern werden von den verpflichtenden Grenzverfahren und der Inhaftierung nicht ausgenommen.

Die Fortsetzung der Abschottungspolitik, die mit der GEAS-Reform verstetigt wird, bedeutet auch, dass an den europäischen Außengrenzen weiter aufgerüstet wird und Grenzanlagen ausgebaut werden. Dies führt kaum dazu, dass weniger Geflüchtete kommen – es erhöht nur das Risiko, dass mehr Menschen auf dem Fluchtweg sterben, weil sie die Zäune und Mauern auf gefährlicheren Wegen umgehen. Wer Schutz vor Verfolgung, Elend und Tod sucht, lässt sich durch Grenzhindernisse nicht dauerhaft aufhalten.

Statt staatliche Seenotrettungsprogramme zu etablieren, wird die zivile Seenotrettung weiter kriminalisiert und FRONTEX kooperiert mit der libyschen Küstenwache. An der EU-Außengrenze zwischen der Türkei und Griechenland finden zahlreichen Berichten zufolge sogenannte Pushbacks statt, bei denen Flüchtlingsboote von der griechischen Küstenwache gewaltsam zurückgedrängt werden.

Als zentrale Säule der EU-Asyl- und Migrationspolitik hat sich zudem in den letzten Jahren die Auslagerung von Migrationskontrolle und -abwehr an Nicht-EU-Staaten etabliert. Die EU kooperiert eng mit Sicherheitskräften autoritärer Regime wie Tunesien und Ägypten, die diese Kooperation auch dazu nutzen, ihre eigene Macht im Inneren durch den Einsatz von Gewalt zu stärken.

Ein Europa, das den Schwächsten ihre Rechte nimmt und sie völkerrechtswidrig und gewalttätig zurückschiebt und Staaten mit Waffen und Gerät versorgt, um Grenzen abzudichten, kann nicht Teil einer Lösung sein, sondern ist selbst Teil des Problems. Die EU verwendet viel Geld und Personal darauf, Flucht und Migration zu bekämpfen, anstatt sich intensiv darum zu bemühen, Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen, die Ursachen von Gewaltkonflikten zu bewältigen und die Klimakrise einzudämmen, die maßgeblich zur Zerstörung von Lebensgrundlagen und zur Vertreibung von Menschen beiträgt.



Für eine menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

Folgende Fragen sollten an die Kandidat:innen gerichtet werden:

1 Wie werden Sie sich für eine weltoffene, demokratische und humane Gesellschaft einsetzen, in der das Recht auf Asyl respektiert und die Aufnahme Asylsuchender gemäß den internationalen Verpflichtungen gewährleistet wird? Werden Sie darauf hinwirken, dass die Pläne, Asylverfahren und Schutzverantwortung an Nicht-EU-Länder auszulagern, nicht weiterverfolgt werden? Was werden Sie unternehmen, um einen sofortigen Stopp der illegalen Praxis an den europäischen Außengrenzen (Pushbacks) zu erreichen?

2 Werden Sie sich dafür starkmachen, dass die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX sich an menschenrechtliche und völkerrechtliche Grundsätze hält?

3 Werden Sie gegen alle Vorhaben stimmen, die die Kooperation bei der Rücknahme von Geflüchteten und der sog. Migrationsabwehr zur Voraussetzung für Europäische Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerländern machen bzw. die Abschottung oder Rücknahme von Geflüchteten durch Drittländer mit EU-Geldern erkaufen?

4 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Geflüchtete an den EU-Grenzen menschenrechtskonform behandelt werden, dass sie sicher einreisen und Asylanträge auf EU-Gebiet stellen können und weder Pushbacks noch Abschiebung in unsichere Drittstaaten befürchten müssen?

5 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei der Kooperation mit nicht-europäischen Staaten im Bereich der Migrationskontrolle Menschenrechte gewahrt bleiben und die Stärkung autoritärer, anti-demokratischer Strukturen in den Partnerländern verhindert wird?

6 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die international verbrieften Rechte von Migrant:innen beachtet werden, dass der UN-Migrationspakt umgesetzt wird und dass in diesem Rahmen auch mehr legale Wege der Zuwanderung auch nach Deutschland eröffnet werden?



Die Beziehungen zum Globalen Süden gerechter gestalten

Die EU steht global vor großen Herausforderungen und muss ihre Rolle im internationalen Geschehen neu bestimmen. Die USA bilden zwar weiterhin militärisch gesehen die stärkste Macht, aber das unipolare System, in dem die westliche Großmacht nach dem Ende des Kalten Kriegs und der Auflösung der Sowjetunion seit 1989 den Ton angab, scheint in Auflösung begriffen zu sein, nicht zuletzt, weil China wirtschaftlich in der Lage war, aufzuschließen. Zudem treten Länder wie Brasilien und Indien selbstbewusst auf den Plan und verlangen, an globalen Entscheidungen mitzuwirken. Spätestens mit dem Russland-Ukraine-Krieg und auch den Reaktionen auf den Krieg in Israel/Gaza wurde deutlich, dass zahlreiche Länder des Globalen Südens die Sichtweisen westlicher Länder nur bedingt teilen. So sind einige bestrebt, pragmatisch eigene Wirtschafts- und Handelsinteressen zu wahren und dafür flexibel Allianzen zu schmieden.

Es ist an der Zeit, internationale Entscheidungen – nicht nur im Rahmen der UN, sondern auch in den internationalen Handels- und Wirtschaftsinstitutionen – stärker unter Einbezug von Ländern des Globalen Südens und damit gerechter zu gestalten. Europas Glaubwürdigkeit in der Welt bemisst sich auch an der Kohärenz von EU-Politik, die in allen Bereichen danach streben sollte, eigene Anteile an der Entstehung von Gewaltkonflikten zu vermeiden. Konflikte werden vielerorts von zunehmender Ungleichheit, Unsicherheit und Klimaveränderungen verschärft, die von wirtschaftlichen und politischen (Fehl-)Entscheidungen auf europäischer Ebene mitbeeinflusst werden. Die Transformation hin zu einer friedensfähigen und gerechteren Politik setzt daher voraus, dass die EU bereit ist, ihre Klimapolitik glaubwürdig zu gestalten und auch ihre Agrar-, Handels-, Finanz-, Wirtschafts- und Rohstoffpolitik grundlegend zu verändern.



Die Beziehungen zum Globalen Süden gerechter gestalten

Wir fragen die Kandidat:innen:

1 Werden Sie sich aktiv dafür einsetzen, dass die EU den Ausstieg aus allen fossilen Rohstoffen bis 2035 umsetzt und Maßnahmen zur massiven Reduktion der europäischen Energienachfrage einleitet?

2 Werden Sie darauf hinwirken, dass die Union ihren Verpflichtungen für zusätzliche Klimafinanzierung nachkommt, die Mittel für Klimaanpassungsmaßnahmen bis 2025 gegenüber 2019 verdoppelt und für den neuen „Fonds für Schäden und Verluste“ Zusagen in Milliardenhöhe macht?

3 Werden Sie sich dafür starkmachen, dass in der Gemeinsamen Agrarpolitik Subventionen an Fortschritte in den Bereichen Klimaschutz und ökologischer Wandel gekoppelt werden, damit negative Wirkungen auf Länder des Globalen Südens reduziert werden?

4 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU ihre Handelspolitik am Ziel einer sozialökologischen Transformation ausrichtet, eine Dekolonialisierung internationaler Handelsregeln unterstützt und den Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten im Globalen Süden fördert?

5 Werden Sie dafür eintreten, dass die EU Rohstoffprojekte an strikte menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten knüpft?

6 Werden Sie darauf drängen, dass sich die Union konstruktiv an den Verhandlungen zu einem globalen UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte beteiligt und die EU-Kommission dazu mit einem robusten Mandat ausstattet?



Rüstungsprojekte und -exporte begrenzen und kontrollieren

Im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine planen zahlreiche EU-Mitgliedstaaten eine massive Ausweitung der Rüstungsproduktion. Wenn dies unkontrolliert vonstattengeht, steht zu befürchten, dass Ressourcen gebunden werden, die für andere Zwecke, wie z. B. soziale Gerechtigkeit und zivile Krisenprävention dringend benötigt werden. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die zusätzlichen Produktionskapazitäten in der Rüstungsindustrie dazu beitragen, dass europäische Waffen bald auch wieder verstärkt ihren Weg in die Hände menschenrechtsverletzender Regime finden werden.

Es ist daher dringend und wichtig, dass Rüstungszusammenarbeit in der EU verantwortungsvoll gestaltet und kontrolliert wird. Daran kann das Europäische Parlament mitwirken, indem es darauf drängt, dass die Kriterien für Rüstungsexporte aus der EU verschärft und einheitlich angewendet werden.



Rüstungsprojekte und -exporte begrenzen und kontrollieren

Unsere Fragen an die Kandidat:innen lauten:

1 Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine umfassende Verschärfung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte (2008) und deren einheitliche Anwendung einsetzen?

2 Werden Sie diese Verschärfung der Kriterien für den Rüstungsexport und ihre einheitliche Umsetzung zur zwingenden Voraussetzung für eine weitere Europäisierung der Rüstungsexportkontrolle machen?

3 Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte nicht genehmigt werden dürfen, falls diese die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes gefährden können (siehe Kriterium 8 im Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten von 2008)?

4 Werden Sie dafür eintreten, dass bestehende Regelungslücken in den Dual-Use-Verordnungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten (beispielsweise für Überwachungstechnologien) geschlossen werden?

5 Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass zukünftig keine Rüstungsprojekte im Rahmen der Strategischen Europäischen Sicherheitsinitiative (SESI) durch die Europäische Investitionsbank finanziert werden?

6 Werden Sie sich für ein strengeres EU-weites Lieferkettengesetz einsetzen, das die Rüstungsindustrie in vollem Umfang erfasst, und werden Sie sich dafür starkmachen, dass sich die EU hierzu konstruktiv an den laufenden Verhandlungen zum UN-Vertrag beteiligt?

7 Werden Sie dafür eintreten, dass Rüstungsunternehmen im Rahmen des Taxonomiesystems der EU nicht als nachhaltig eingestuft werden?

8 Werden Sie im Falle Ihrer Wahl gegen die von der EU-Kommission geplante Verwendung von 1,5 Mrd. Euro zur Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit im Rüstungsbereich stimmen?



Rüstungskontrolle wiederbeleben und Atomwaffen abbauen

Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen und eine existenzielle Bedrohung des gesamten menschlichen Lebensraums. Wir befinden uns in einer hochgefährlichen Lage. Mindestens 16.000 Atomsprenköpfe sind in der Welt und alle Atomkräfte rüsten weiter auf, mancherorts ertönt inzwischen schon der Ruf nach eigenen Atomwaffen für die EU. Es ist ein Trugschluss, zu glauben, dass nukleare Abschreckung Sicherheit und Frieden garantiert. Vielmehr steigert die fortgesetzte Modernisierung und Aufrüstung dieser Waffenarsenale die Gefahr eines Atomkriegs – sei es aus Versehen, durch einen Unfall oder durch unkontrollierte Verbreitung.

In jedem Fall hätte ein solcher Krieg katastrophale humanitäre Folgen. Politisches Ziel bleibt deshalb ein „Global Zero“: eine Welt ohne Atomwaffen. Angesichts mangelnder Abrüstung und fortgesetzter Modernisierung und Verbreitung von Atomwaffen ergibt sich die Einsicht, dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbauen können, um diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen. Das ist das Anliegen des UN-Atomwaffenverbotsvertrages (AVV), der im Januar 2021 in Kraft getreten ist und mittlerweile von mehr als 90 Staaten unterzeichnet wurde.

Derzeit besitzt in der EU nur Frankreich eigene Arsenale, in Belgien, Deutschland, Italien und den Niederlanden werden atomare Sprengköpfe im Rahmen der nuklearen Teilhabe in der NATO gelagert. Für Fragen der atomaren Bewaffnung und Teilhabe sind die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten verantwortlich. Dennoch kann das EU-Parlament mit Empfehlungen und Appellen auf die politische Agenda einwirken. Es sollte sich klar für Deeskalation, Rüstungskontrolle und eine atomwaffenfreie Welt einsetzen!



Rüstungskontrolle wiederbeleben und Atomwaffen abbauen

Unsere Fragen an die Kandidat:innen lauten daher:

1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU eindeutig Position für ein Verbot aller nuklearen Waffen bezieht?

2 Werden Sie sich dafür starkmachen, dass mit den Mitgliedstaaten der NATO, EU und OSZE Verhandlungen gestartet werden mit dem Ziel,

- neue Bemühungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle auf den Weg zu bringen,
- ein weltweites Moratorium der Modernisierung der Atomwaffen zu erwirken,
- die Hilfen für Betroffene von Atomwaffen und Atomtests sowie die Umweltsanierung gemäß Artikel 6 und 7 Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) zu unterstützen,
- eine Initiative zu negativen Sicherheitsgarantien auf den Weg zu bringen; das beinhaltet Verpflichtungen aller Nuklearwaffenstaaten, keine Nuklearwaffen gegen Nicht-Nuklearwaffenstaaten einzusetzen oder mit ihnen zu drohen,
- den Ersteinsatz von Atomwaffen unmissverständlich auszuschließen und bereits die Drohung damit zu verurteilen?



Dem Team von „Ohne Rüstung Leben“ danken wir für wichtige Hinweise und Vorschläge für die Themen Rüstungsexport, Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Herausgegeben von:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

➤ www.friedensdienst.de

Brot für die Welt

➤ www.brot-fuer-die-welt.de

Church and Peace – Europäisches Friedenskirchliches Netzwerk

➤ www.church-and-peace.org

Forum Ziviler Friedensdienst e. V. (forumZFD)

➤ www.forumZFD.de

Mennonitisches Friedenszentrum Berlin (MFB)

➤ www.menno-friedenszentrum.de

pax christi – Deutsche Sektion

➤ www.paxchristi.de

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

➤ www.pzkb.de



Illustrationen designed by upklyak / Freepik
Redaktionsschluss 14.04.2024